

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	234
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	814/2019
		GZ:	AKR 0321-02
Sitzungstermin:	19.09.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung) - Erhöhung der Aufwandsentschädigung und der Entschädigung der Bezirksbeiräte, der allgemeinen Entschädigung und der Wahlhelferentschädigung		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 10.09.2019, GRDRs 814/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit vom 14. Dezember 1978 (Amtsblatt Nr. 51/52 vom 21. Dezember 1978, zuletzt geändert am 22. Februar 2018 (Amtsblatt Nr. 10 vom 8. März 2018); Stadtrecht 0/8) wird gemäß Anlage 1 erlassen.
2. a) Die für das Jahr 2019 mit der Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit einhergehenden Mehraufwendungen beim Gemeinderat und den Bezirksbeiräten in den Teilhaushalten 800 (Gemeinderat) und 150 (Bezirksämter) in Höhe von bis zu 157.200 EUR werden im Rahmen der Verwaltungszuständigkeit bereitgestellt. Die zukünftigen Mehraufwendungen in Höhe von bis zu 377.500 EUR jährlich ab 2020 werden bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 berücksichtigt.
- b) Für den zukünftigen Mehraufwand ehrenamtlicher Tätigkeit für Wahlhelfer werden abhängig vom Wahljahr im Teilhaushalt 120 (Statistisches Amt) die erforderlichen Mittel bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 berücksichtigt.

3. Die Satzung zur Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Stuttgart über die Entschädigung der ehrenamtlichen Tätigkeit der weiteren Mitglieder und deren Stellvertreter der Kommunalanstalt Klinikum der Landeshauptstadt Stuttgart vom 22. November 2018 (Amtsblatt Nr. 50 vom 13. Dezember 2018; Stadtrecht 5/4b) wird gemäß Anlage 2 erlassen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Ebel (AfD) beantragt, die drei von einer Erhöhung betroffenen Personengruppen getrennt abzustimmen.

StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) erklärt das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion. Diese habe sich ursprünglich der Stimme enthalten wollen, eine getrennte Abstimmung ändere jedoch die Situation.

OB Kuhn stellt fest:

- Ziff. 1: Der Gemeinderat beschließt mit 1 Gegenstimme mehrheitlich wie beantragt.
- Ziff. 2a): Der Gemeinderat beschließt mit 1 Gegenstimme bei 4 Enthaltungen mehrheitlich wie beantragt.
- Ziff. 2b): Der Gemeinderat beschließt mit 1 Gegenstimme bei 1 Enthaltung mehrheitlich wie beantragt.
- Ziff. 3: Der Gemeinderat beschließt mit 1 Gegenstimme bei 5 Enthaltungen mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat AKR
zur Weiterbehandlung
Haupt- und Personalamt
Rechtsaufsichtsbehörde

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
WFB-K
 4. Referat SOS
Statistisches Amt (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS